

mittendrin

Ausgabe 07-08 / 2020 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

In öffentliche Hand, weil's sicherer ist

von Anne Helm und Carsten Schatz, Vorsitzende der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Anfang März - kurz vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie – hat unsere Fraktion auf einer Klausur ihre Ziele bis 2021 und darüber hinaus abgesteckt. Zentrale Aufgabe bleibt der Ausbau der öffentlichen Strukturen, denn nur so lässt sich ein soziales und lebenswertes Berlin für Alle schaffen und der ökologisch nachhaltige Wandel der Stadt auf den Weg bringen.

Daran hat sich nichts geändert. Im Gegenteil, die Corona-Pandemie hat uns bestätigt, dass sich mit einem gut aufgestellten öffentlichen Dienst, leistungsfähigen öffentlichen Unternehmen und belastbaren sozialen Sicherungssystemen solche Krisen besser bewältigen lassen. Die Situation im Berliner Gesundheitswesen ist dafür exemplarisch: einerseits können wir froh sein, dass wir mit den Vivantes-Kliniken und der Charité gleich über zwei große Krankenhausunternehmen in öffentlicher Hand verfügen. Andererseits hat die nach Jahren der Kürzungen noch immer vorhandene Unterbesetzung im öffentlichen

Gesundheitsdienst auch unsere Schwächen offenbart. Obwohl wir den Hebel umgelegt haben und wieder Personalaufbau betreiben, sind wir noch längst nicht am Ziel.

Das gilt für andere Bereiche in der Stadt ebenso. Zu große Klassen und Personalmangel an den Schulen müssen wir durch unsere Schulbauoffensive und die Einstellung von Lehrkräften überwinden. Beengte Wohnverhältnisse sind eine Folge des Wohnraummangels und zugleich hoher Mieten. Mit dem Mietendeckel haben wir in der Krise vielen Menschen die Angst vor steigenden Mieten nehmen können. Doch langfristig wird das nur über viel größeren Bestand an Wohnraum in öffentlicher Hand gewährleistet. Deshalb



Die neuen Fraktionsvorsitzenden im Berliner Parlament

werden wir auch weiterhin für die Ausübung des Vorkaufsrechts durch die Kommune streiten und das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ unterstützen. Ein

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

Corona-Schutzschirme sind nicht nur für die Großen

Gut und nützlich, dass wichtige Produktionsstätten, die aktuell gern als systemrelevant bezeichnet werden, Finanzmittel (Steuergelder!) vom Staat erhalten. Es hilft, die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise zu überstehen. Wer aber hilft den „Kleinen“?

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

„Perle 50“ wurde zur Problem – Immobilie gemacht

Das Wohnhaus in der Perleberger Straße, um das es geht, steht seit über zehn Jahren leer. Einzelne Wohnungen mussten schon von der Wohnungsaufsicht gesperrt werden. Michael Nelken, Abgeordneter der LINKEN, richtete eine Anfrage an das Bezirksamt Mitte.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

Gefährlicher Straßenverkehr – für zu Fuß Gehende

Fußgängerin Irene Runge weiß, wovon sie redet. Sie kennt in ihrem Kiez Weg und Steg und jeden tückischen Stolperstein, und sie kennt auch Corona zu Fuß. Da möchte man doch ihre Erfahrungen jedem Verkehrsplaner zur täglichen Pflichtlektüre verordnen.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern der „mittendrin“ einen schönen Sommer!

Bleibt gesund, erholt Euch gut und sammelt Kraft für die kommenden Aufgaben!

Der Bezirksvorstand, die BVV-Fraktion und die Redaktion

Unsere nächste Ausgabe erscheint am 3. September.

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr und Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt

Finanzierung für präventive Kinder- und Jugendarbeitsprojekte in Mitte

Das Jugendamt Mitte hat am 3. Juni 2020 das bezirkliche Fachkonzept für das Flexibudget bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie eingereicht. 16 geplante Projekte für Unterstützungs- und Förderangebote können mit dem sogenannte Flexibudget in Höhe von 300.000 Euro in 2020 und 600.000 Euro in 2021 in Mitte umgesetzt werden.

Das Land Berlin hatte alle Bezirke aufgefordert, bezirkliche Konzepte für Jugend- und Kindersozialarbeit einzureichen. Anders als die Hilfen zur Erziehung sollen durch die Angebote Kinder, junge Menschen und Familien nicht erst in sehr belastenden Situationen individuelle Hilfe erhalten, sondern bereits im Vorfeld.

Die Projektvorschläge wurden im engen Austausch mit dem Regionalen Sozialen Dienst (RSD) erarbeitet und greifen

Bedarflagen an offenen und aufsuchenden Beratungsangeboten auf. Sie bieten Familien, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen niedrigschwelligen Zugang zu Informationen, sozialräumlichen Netzwerken oder weiterführenden Hilfsangeboten. Der Familienförderung sind zehn der eingereichten Projektvorschläge zuzuordnen, z.B. die Familienzentren oder der Familienrat im Panke-Haus, spezielle Angebote für Eltern mit kranken Kindern, Müttergruppen und Sprachförderungsprogramme. Außerdem gibt es Projekte der mobilen Jugendsozialarbeit für die 10- bis 15-Jährigen, ein Angebot zum Thema häusliche Gewalt und ein Umgangscafé für Eltern. Gezielte Angebote für Alleinerziehende werden für 2021 konzipiert.

Vor dem Hintergrund des im Mai 2020 von der Senatsverwaltung veröffentlichten Berichts zur Kinderarmut in Berlin 2019 ist das Flexibudget äußerst wichtig. In Mitte

lebt mit etwa 41% die höchste Anzahl junger Menschen unter 18 Jahren in Familien mit Harz IV-Bezug. Hinzu kommen oftmals überforderte Eltern, krisenhafte familiäre Konflikte, Schulprobleme oder ein gestörtes Sozialverhalten der Kinder.

Gute Bedingungen für Kinder und Jugendliche zu schaffen, bleibt eine Aufgabe von besonderer Bedeutung, sowohl angesichts der sozialen Situation im Bezirk Mitte, als auch angesichts der Hinweise auf eine Verschärfung der sozialen Spaltung der Gesellschaft durch die Corona-Krise. Als Jugendstadträtin wünsche ich mir deshalb finanzielle Planungssicherheit für weitere Angebote und eine soziale Infrastruktur und behalte dieses Ziel in den nächsten Haushaltsverhandlungen im Auge.

Ramona Reiser
Stadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste

Aus der BVV

BVV für die Aufnahme von Kindern aus Flüchtlingslagern

Die Lage im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos ist dramatisch: Es gibt kein fließendes Wasser, kaum ärztliche Hilfe und mittlerweile nicht einmal mehr eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln.

Diese schwierige Situation in den Flüchtlingslagern auf griechischen Inseln wird durch die Bedrohung durch das Corona-Virus weiter verschärft. Als Bezirk im Herzen der Bundeshauptstadt sehen wir es als eine Selbstverständlichkeit an, Menschen, die Hilfe benötigen, diese auch zu gewähren. Wir unterstützen daher die Haltung des Berliner Senats, weit mehr Geflüchtete aus Lagern auf griechischen Inseln aufzunehmen als die Bundesregierung bisher bereit ist. In Anbetracht der Tatsache, dass seitens der Bundesregierung alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, um 80.000 Erntehelfer*innen ins Land zu holen, man aber bei der Aufnahme von Geflüchteten aus Lagern mit menschenunwürdigen

Bedingungen zögert oder diese sogar ablehnt, halten wir es als Bezirksverordnete von Mitte für unsere humanitäre Pflicht, unsere Bereitschaft für die Aufnahme von geflüchteten Menschen zu erklären.

Darum stellte die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte am 18. Juni 2020 folgende Entschliebung zur Abstimmung: Wir unterstützen den Senat von Berlin und fordern die Bundesregierung auf, weit mehr geflüchtete Menschen aus Lagern auf griechischen Inseln aufzunehmen als die 50 unbegleiteten Kinder aus dem Flüchtlingslager Moria auf Lesbos. Der Bezirk Mitte ist solidarisch und bereit, mehr Geflüchtete aufzunehmen und ihnen ein neues zu Hause zu geben.

Die BVV stimmte der Entschliebung zu.

Andreas Böttger
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE.
in der BVV von Berlin-Mitte

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und

an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwältinnen**

Nina Jenny Soest und Christian Wisch

von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)

LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin,
 Tel.: 28705751

Unser Sommer 2020 mit Corona

Kontaktbeschränkung, anderthalb Meter Abstand, Gesichtsmaske, Reisewarnungen... Schwierige Bedingungen für die Sommermonate Juli/August in der Corona-Pandemie. Matthias Herold fragte engagierte, aktive Menschen innerhalb und außerhalb der DIE LINKE, wie speziell sie diesmal die traditionelle Urlaubszeit verbringen.



Falk Höpfner:

Bei allen Gefahren, die das Covid-Virus mit sich brachte, habe ich den Stopp des Alltagshamsterwagens sehr genossen. Ausfallende Termine und das Platzen der eigenen Pläne erlauben endlich einmal wieder Spontaneität. Diese kleine Freiheit, von jetzt auf gleich auf das Rennrad zu steigen und Brandenburgs Wälder und Seen abzufahren, wird mit dem Parteileben meinen Sommer bestimmen.



Kadriye Karci:

Eigentlich wollte ich meine 93-jährige Mutter und meine Schwester in Westanatolien besuchen. Nach den noch bestehenden Reisewarnungen des Außenministeriums hat nun die Fluggesellschaft meinen Flug gecancelt und bot mir einen späteren Alternativtermin an. Abwarten. Sobald es mir Corona und Politik erlauben, bin ich dann für zwei Wochen weg. Ansonsten muss ich mir einen Urlaubsplan für Berlin entwickeln.



Michael Prütz:

Meine griechische Lieblingsinsel muss in diesem Sommer warten, nicht nur wegen der Corona-Pandemie sondern auch der aktuellen politischen Situation in Berlin. In der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ kommt Bewegung ins Spiel. Nach endlicher Freigabe des Volksbegehrens durch Innensenator Geisel gibt es grünes Licht für die zweite Stufe. Eventuell schon im Frühherbst können wir wieder Unterschriften sammeln - innerhalb von vier Monaten 170 000. Die Aufgabe ist gewaltig. Jetzt bauen

wir Sammlerstrukturen in allen Stadtteilen auf. Mein Appell: Helft mit, dass wir erfolgreich sind, die großen renditegetriebenen Immobilienkonzerne wieder in die öffentliche Hand zu überführen!



Steve Rauhut:

Nach meiner großen Bauch-OP im letzten Herbst, monatelangem Krankenhaus und Reha geht es mir heute besser als je zuvor. Aufgrund des Corona-Risikos bin ich aber noch krankgeschrieben. Ich hatte viel Zeit zum Nachdenken und konnte mit engen Freund*innen neue politische Ideen entwickeln, die mich nun sehr beflügeln. Ich bin in diesem Sommer voller Energie und Tatendrang und freue mich sehr, schon jetzt digital und bald mit vielen auch wieder physisch unterwegs zu sein.



Prof. Dr. med. Andreas Umgelter:

Nachdem sich alle Vorhersagen in Bezug auf Covid-19 als kurzlebig erwiesen haben, mag ich nichts planen. Ich kann mir nicht recht vorstellen, dass es das schon gewesen sein soll.

Und die nächste Kehrtwende der Politik lässt bestimmt nicht lange auf sich warten. Also: zu Hause bleiben und bereit sein. Wenn ich frei habe, möchte ich als gebürtiger Münchner Berlin erkunden. Und endlich den verdammten Bücherstapel weglesen.



Thilo Urchs:

Ich werde, wenn es die Hygienebedingungen zulassen, wie in jedem Jahr den Urlaub mit meiner Familie bei Freunden an der Algarve verbringen. Im kommenden Jahr wird es mit den drei Wahlen sehr viel zu tun geben.

Deshalb sollten auch in den Ferien die „Akkus schon mal aufgeladen“ werden.



Katharina Mayer:

In der Sommerpause wird sich für mich einiges ändern. Im Juli beginne ich einen neuen Job und ich werde umziehen, da ich im November ein Kind bekomme. Dass jetzt die sitzungsfreie Zeit der BVV ansteht, kommt mir sehr gelegen. Das heißt natürlich nicht, dass die Politik stillsteht. Gerade bei existenzieller Not, Sorgen, die eigene Wohnung zu verlieren, stehen wir weiterhin bereit.



Markus Wollina:

Die Sommermonate werde ich vor allem zu Hause in Homeoffice verbringen und neben der Arbeit ein paar überfällige Renovierungen in meiner Wohnung auf der Fischerinsel erledigen. Ich hoffe, dass es nicht zu einer neuen Infektionswelle kommen wird, da es in Berlin immer weniger Leute gibt, die sich an Abstands-, Mundschutz- und Hygieneregeln halten.

Menschen in Mitte

Engagierte Vereinsvorsitzende auf Moabiter Kinder-Hof:

Irene Stephani

Am Rande des Fritz-Schloß-Parks finden Mädchen und Jungen einen ganz besonderen Spiel-, Lern- und Erlebnisort: den Moabiter Kinder-Hof in der Seydlitzstraße 12.



Irene Stephani freut sich schon auf den Neubau

Ein imposanter Kletterturm, ein Lehmofen zum gemeinsamen Pizzabacken, zwei Bauwagen als Rückzugsorte, Hochbeete für Gemüse und Kräuter, Gehege mit drolligen Kaninchen, urig gezimmerte Tische und Bänke, ein Bolzplatz auf Kunstrasen nebenan für Fußballtraining - ideale Bedingungen für Bewegung, Kreativität und Frohsinn für 7- bis 13-jährige aus den dichtbesiedelten Wohngebieten rundum zwischen Zille-Siedlung, Pritzwalker und Lehrter Straße.

Finanziert wird das Gelände vom Bezirksamt Mitte. Träger ist der Verein Stadtteilgruppe Moabit e.V., dessen Vorsitzende Irene Stephani ist. Geboren in Charlottenburg, seit über 30 Jahren Moabiterin, gründete sie mit einer Projektgruppe 1997 auf einem ehemaligen Gelände des Grünflächenamtes mit einem Häuschen und einem Schuppen darauf zwischen Mirabellen- und Kirschbäumen die Kinderoase. „Damals begannen

wir ehrenamtlich, heute stehen eine ausgebildete Erzieherin, ein Kindheitspädagoge und eine Sozialarbeiterin in Teilzeit an der Seite der Kinder. Honorarkräfte leiten Fußballtraining und Akrobatik“, erklärt die Studienrätin, langjährige Lehrerin für Biologie, Mathematik und Philosophie und jetzige Mitarbeiterin in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. „Unsere Angebote für unsere Besucher aus Familien mit unterschiedlichstem ethnischen, sozialen und kulturellen Hintergrund sind kostenfrei. In ‚Hofversammlungen‘ bestimmen die Kinder mit über unser Programm“.

Auch während der Schließung des Hofes zum Schutz vor dem Coronavirus bis zum 11. Mai stand das Team mit den Kindern über Instagram mit Gesprächen, Rätselraten, aber vor allem mit einem Trommel-Workshop in Kontakt. Längst haben sich die Mädchen und Jungen an die Gesundheitsvorschriften gewöhnt und erfreuen sich am bunten Sommerferienprogramm.

„Aber wir sind auch dabei, Platz zu machen für den Neubau eines Gebäudes mit einer Fläche von 340 Quadratmetern aus Holzmodulen“, freut sich die zweifache Mutter Irene Stephani. „Wir erhalten größeren Raum für mehr Gäste - auch für Kinder höherer Altersgruppen, Jugendliche, Familien und Nachbarn. Vielleicht schaffen wir es zu einem neuen Stadtteilzentrum, finanziert aus dem Fonds ‚Soziale Stadt‘, unterstützt von der Bezirksrätin für Jugend und Bürgerdienste im Bezirksamt Mitte, Ramona Reiser“. Geplante Einweihung ist im Frühjahr 2022, genau zum 25. Geburtstag des Moabiter Kinder-Hofs. Sicher ein besonderer Feiertag für die engagierte, rührige Vereinsvorsitzende und ihr Team.

Matthias Herold

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Kurznachrichten

► **Fast eine halbe Million Ehrenamtliche**

So viele Frauen und Männer zählt das Deutsche Rote Kreuz, darunter auch erfreulich viele junge Menschen. Deren selbstlose Hilfe verdient in der gegenwärtigen Coronakrise besonderen Respekt.

► **Stadtbezirk wird immer privater**

Gegenwärtig werden 90 Prozent aller Neubauwohnungen privat errichtet. Berlins Zentrum steht unter Druck. Der Anteil gemeinwohlorientierter Wohnungseigentümer sinkt. Von den rund 7300 Wohnungen, die von 2017 bis 2019 in Mitte errichtet wurden, sind über 6000 in privater Hand - 83 Prozent. Da ist für die nächste Zeit keine Änderung in Sicht. Vom genehmigten, aber noch nicht realisierten Wohnungsbau von 14 000 Wohneinheiten sind ganze 1800 Projekte von Genossenschaften oder Landeseigenen - schlappe 13 Prozent.

► **Weitere 14.600 Briten mit deutschem Pass**

Das Statistische Bundesamt zählte im vergangenen Jahr 128 000 Einbürgerungen von Ausländern. Das waren 15 Prozent mehr Menschen, die nun einen deutschen Pass bekamen, als 2018 - der höchste Stand seit 2003. Kurz bevor Großbritannien sich von der EU verabschiedete, ließen sich schon über 14 600 Briten einbürgern.

► **Wasserstoff-Energie für ganzes Gewerbegebiet**

Das soll in Laage bei Rostock entstehen. Das Unternehmen Apex Energie will dazu ein Blockheizkraftwerk errichten. Wasserstoff kann mittels einer Brennstoffzelle in Wärme und Strom umgewandelt werden. Das Wasserstoffgas wird per Elektrolyse aus Wasser gewonnen.

► **Weltweit lernen 15,4 Millionen Deutsch**

Unsere Muttersprache wird vor allem von den europäischen Nachbarn als Fremdsprache gelernt. Zunehmend aber gewinnt Deutsch auch in afrikanischen und in asiatischen Ländern an Bedeutung. Die statistische Erhebung „Deutsch als Fremdsprache“ wird alle fünf Jahre vom Auswärtigen Amt, dem Goethe-Institut und anderen Einrichtungen ermittelt.

► **Es werden immer weniger Fahrräder geklaut**

In den vergangenen fünf Jahren verzeichnete die Polizei einen auffälligen Rückgang der Diebstähle von Fahrrädern. Waren es im Jahr 2015 noch 335 174, so verschwanden 2019 nur noch 277 874 Drahtesel - das waren 17 Prozent weniger, in Zahlen 57 300 Stück. Aber warum wohl? Liegen doch heutzutage Fahrräder oder motorisierte Roller fast an jeder Straßenecke rum.

Bei anderen gelesen

► Welcher Virus ist schlimmer?

Der „coronare“ oder der von Macht und Profitgier und manipulierten Feindbildern beherrschte Virus? An der polnisch-deutschen Grenze werden Schutzzäune gegen die afrikanische Schweinepest beschädigt, eingerissen und nach Polen bewegen sich Tausende von Soldaten, besonders der US-Armee, mit modernster Kriegstechnik. Mir wird keiner weismachen können, dass dieses Aufgebot des Schreckens und Abschreckens der Dezimierung des Corona-Virus dient. Ich habe den Eindruck, dass die Befehlshaber, insbesondere die Regierungen der USA und Polens sowie die NATO, die Zeichen der Zeit und die wirkliche Bedrohung nicht erkannt haben. Wer in solchen Zeiten Feindbilder pflegt bzw. neu belegt, der gefährdet die jetzt besonders notwendige Solidarität zwischen den Staaten und Völkern und damit die Zukunft unserer Erde.

*Dr. Wilfried Meißner, Chemnitz
in „RotFuchs“ Mai 2020*

► Wer bezahlt für Covid-19?

Der Marxist und Imperialismus-Theoretiker Samir Amin zeichnete vor fast drei Jahren in Hamburg ein düsteres Bild der Zukunft: Der Kapitalismus, wie man ihn kannte, gehe zu Ende. Doch nicht der Sozialismus stehe in der Tür, sondern wie einst beim Niedergang des Römerreiches ein vielleicht Jahrhunderte dauerndes Siechtum mit verschärfter Ausbeutung und zugespitzten Konflikten. Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem nahm im Rahmen der Klimaproteste meist nur die Form einer Konsum- und Wachstumskritik an. ... Das Kapital wird sich aller Menschen, für die im Wertschätzungsprozess keine Verwendung mehr ist, zu entledigen zu versuchen. Das ist die erste politische Herausforderung, die direkt im Verhältnis zum Kapital und Arbeit steckt. ...Heute gibt es im Unterschied zu damals genügend Atombomben, um die Menschen auslöschen zu können.

*Simon Poelchau
in „Neues Deutschland“, 30./31.05.2020*

► Neue Wege des Denkens

Ein zentrales Missverständnis hierzulande besteht darin, dass Rassismus etwas sei, von dem ein Teil der Gesellschaft betroffen ist, während er mit dem Rest nichts zu tun hat. Der allgemeinen Denke nach werden ein paar arme Opfer von ein paar bösen Tätern allgemein rassistisch diskriminiert. Der große totale schlimme Rassismus wird in den USA verortet. Diese Differenzierung hat System. ... Durch die diskursive Auslagerung des Rassismus in die USA erscheint Europa gleichsam friedfertig und inklusiv.... Die tatsächliche Verantwortung aus der kolonialen Vergangenheit und der rassistischen Gegenwart Europas wächst, tritt in den Hintergrund. Eine grundlegende Auseinandersetzung wird unmöglich.

„Der Freitag“, Ausgabe 25/2020

„Weitere Schritte ... derzeit nicht absehbar.“

Leerstand und verfallende Wohnhäuser trotz Wohnungsmangels

Unweit des S-Bahnringes werden zahlreiche Häuser in Mitte für Immobilienspekulanten immer interessanter. Besonders in Moabit gibt es Beispiele, die eine Treuhandverwaltung bestimmter Gebäude geradezu herausfordern.

Unter anderem herrscht in der Perleberger Straße 50 seit über zehn Jahren in Vorder-, Hinterhaus und Seitenflügel Leerstand. Dabei könnten hier ca. 80 Wohnungssuchende ein Dach über den Kopf erhalten. Einzelne Wohnungen mussten von der Wohnungsaufsicht gesperrt und zwangsversteigert werden. Nur eine Motorradwerkstatt hielt sich noch bis 2019. Zwischendurch wurde auch mal der

Leider bleibt aber der Bezirk Mitte weiter untätig, wie eine Nachfrage des Abgeordneten Dr. Michail Nelken (LINKE) zum Thema „Leerstand und verfallende Wohnhäuser trotz Wohnungsmangels“ zeigt, wobei sich eine ganze Reihe leer stehender Wohnimmobilien sowie die äußerst zögerliche Haltung auch anderer Bezirksämter beim Einsatz von Treuhändern offenbart.

Am 1. April 2020 griff das Bezirksamt Mitte dann freundlicherweise tief in seine Scherz- und förderte in einem Schreiben auf die schriftliche Anfrage Nr. 0590/V zur Perleberger Str. 50 folgende Antwort zutage: „Ob und wenn ja, wann ein Verfahrensstand erreicht



Die Perleberger Str. 50 mit abgeschlagenem Putz, aber nie saniert

Putz an der Straßenfront abgeschlagen – so als ob eine fristverlängernde Sanierung vorge-täuscht werden sollte. Aber nichts passierte.

Was aber passierte, war eine Beschlagnahme des Hauses durch die Berliner Polizei im Zuge der Ermittlungen gegen die Clan-Kriminalität im Juli 2018. Denn durch das Herunterwirtschaften der Wohnungen war die „Perle 50“ endgültig zur „Problemimmobilie“ geworden. Aufgrund staatsanwaltlicher Ermittlungen könne das Bezirksamt kein zweckentfremdungsrechtliches Verfahren mehr führen, so die Verwaltung. Berlins Staatssekretär für Wohnen, Sebastian Scheel (LINKE), erinnerte jedoch bereits 2019 in diesem Zusammenhang daran, dass die Vorschriften der Strafprozessordnung zur Beschlagnahme einer Immobilie keineswegs einer Vermietung etwaiger leer stehender Wohnungen entgegenstehen.

werden könnte, der eine belastbare Antwort auf diese Frage und ggf. weitere Schritte ermöglichen würde, ist derzeit nicht absehbar.“ Ein genialer Wurf, der seither im Bezirksamt ungeahnte Konjunktur hat...

Die Initiative „Wem gehört Moabit?“ schreibt dazu: „Würde der Bezirk Mitte nur ansatzweise so viel Energie aufbringen, leer stehende Wohnhäuser in zentraler Lage zu ertüchtigen, statt vorhabenbezogene Bebauungspläne für ausschließlich profitorientierte Investoren zu forcieren, die keinen Quadratmeter Wohnraum mit bezahlbaren Mieten zur Verfügung stellen, wäre dies für eine gesunde und soziale Mischung im Quartier sehr förderlich und würde vielen Wohnungssuchenden mit kleinem Geldbeutel helfen.“ Besser kann ich es auch nicht ausdrücken.

Rainer Scholz

Corona zu Fuß

Je älter ich bin, desto mehr ängstigen mich Fahrradfahrende, wenn sie mich überholen. Unhörbar, hautnah, auf dem Bürgersteig. Fast wie Corona: Achtsamkeit verhindert nicht, erwischt zu werden.

Ist es Zeitgeist, wenn die politische Klasse machtausübend und oppositionell radelt, joggt wie andere Leute auch? Ich hatte die Geräusche der Stadt, Fahrräder, Autos, Laster, Roller, Skateboards, ÖPNV, Fußgänger in der menschenleeren Corona-Zeit fast vergessen. Jetzt wird's wieder laut. Wo bleibt die intelligente, smarte, visionäre Verkehrspolitik, keine, die voraussetzungs- und folgenlos Pop-up-Fahrradwege, temporäre Restaurant-erweiterungen in Parknischen, teils autofreie Zeiten der Friedrichstraße festzurrt, während Ampeln wie eh und je schalten, Fahrradmarkierungen wie am Weinbergsweg skandalös bleiben und Fußgänger keine Rolle spielen? In der breiten Torstraße wären ein Radfahrbereich und mehr Bus-Stopps vorstellbar, stattdessen ein verschlepptes Umbauversprechen für die enge nördliche Invalidenstraße.

Nicht erst seit Corona kollidieren Personalmangel, Parkplätze, Ampelschaltungen, Stau, Hupen, Straßenbahn, Radfahrer, Fußgänger, Kinderwagen und Rollatoren. Als die Linien- Fahrradstraße wurde, vergaß man offenbar Kita- und Schulkinder, Anwohner, Fußgänger jeden Alters. Der Linien-/Rosenthaler/Acker-/Tucholskystraße fehlen bis heute schützende Übergänge, so

quetschen in langen Spitzenzeiten Rollis und Trollis durch lückenlos parkende Autos, rasen Renn- und andere Räder auf beiden Straßenhälften hin und her. Ironisches Glück im Unglück: Ein Stau am Rosenthaler Platz erleichtert zeitversetzt das Queren. Was lehrt die Krise? Mitte muss nachjustieren, Maske auf, Maske ab, Alltag pendelt, für und wider wird demonstriert, jeder Mensch ist Viren-Experte, fremder Mundschutz schützt, falls er getragen wird, ÖPNV kennt kein Airconditioning, auf Bahnsteigen wird wieder geraucht.

Gott hatte Adam und Eva aus dem Paradies verjagt, als sie sein Apfel-Gebot missachteten. Berlins Obrigkeit sanktioniert nicht, deshalb drängt es wieder in und vor Cafés, Restaurants, Galerien. Soll der Himmel es richten? Irgendwie geht's natürlich weiter. Neben dem Japaner in der Linienstraße 114 gibt's bei „Rocket Wine“ auch Sauerteig-Baguette und Pains au chocolat, bald öffnet „Clärchens Ballhaus“

mit gärtnerisch vollendetem Biergarten, im Oktober das „Circus-Hotel“ Rosenthaler Platz. Diese Krise nicht überlebt hat nicht nur „Barcomi“. Dessen New York-Bagel wird mir fehlen.

Irene Runge



Romantik im Großstadtgetriebe im Garten von Clärchens Ballhaus

Was ist eigentlich „die Antifa“?

Angesichts der Proteste gegen rassistische Polizeigewalt forderte Donald Trump kürzlich, „die Antifa“ als „terroristische Organisation“ einzustufen. Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken twitterte daraufhin: „58 und Antifa. Selbstverständlich.“ Nach Schimpfe von CDU und FDP distanzierte Esken sich schnell von „Gewalttaten ‚linker‘ Randgruppe“ und verwies darauf, dass „Antifa“ nur ein Kurzwort für „Antifaschismus“ sei.

Doch liegen beide Seiten falsch. Zwar gibt es die Antifa nicht als globale Kaderorganisation. Doch wenn Antifaschismus wirksam sein soll, dann muss er mehr sein als eine persönliche Haltung, er braucht Organisation. Das war so in den 1930er Jahren, als sich mit Eiserner Front und Antifaschistischer Aktion Bündnisse gegen

den Aufstieg der NSDAP bildeten. Es war so, als Geheimgruppen wie die Rote Kapelle gegen die Nazis Widerstand leisteten, und als die Überlebenden sich ab 1945 in antifaschistischen Aktionsausschüssen zusammenschlossen.

Als in der BRD und später auch in der DDR neofaschistische Organisationen aufzogen, entstanden auch neue antifaschistische Gruppen, die anfangs vom Maoismus, später vom Anarchismus, Antiimperialismus und der italienischen Autonomia-Strömung beeinflusst waren. Trotz vieler Wandlungen und interner Konflikte besteht diese Strömung mit zahlreichen lokalen Antifa-Gruppen bis heute. Diese organisieren nicht nur Proteste gegen Nazi-Aufmärsche (teilweise inklusive Blockaden), sondern leisten auch Recherche- und Aufklärungsarbeit – und

tragen damit weitaus mehr zur Aufdeckung neofaschistischer Strukturen bei als der sogenannte Verfassungsschutz (VS), der die NPD über ein V-Mann-Netzwerk finanzierte und die Ermittlungen zum NSU-Terror nach Kräften behinderte.

Der gleiche VS lässt hingegen antifaschistische Organisationen als „linksextrem“ bespitzeln. Das führt dazu, dass jüngst das Berliner Finanzamt der 1947 gegründeten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) wegen windiger Behauptungen des bayerischen VS die Gemeinnützigkeit aberkannt hat – ein herber finanzieller Schlag. Antifaschismus muss deswegen unbedingt auch heißen: Die antifaschistische Solidarität organisieren!

Markus Wollina

Aus dem Abgeordnetenhaus

Sechs Milliarden zur Überbrückung der Corona-Krise

Die Aufnahme von sechs Milliarden neuer Schulden hat das Abgeordnetenhaus in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause beschlossen. Gegenüber gerechteren Steuern sind Staatsschulden bei privaten Gläubigern immer nur der zweitbeste Weg, ein handlungsfähiges Gemeinwesen zu finanzieren.

Aber bekanntermaßen liegt die Hoheit für Steuern weitgehend nicht bei den Bundesländern. Und Corona hat das Wirtschaftsleben in unserer Stadt und damit auch die Steuereinnahmen für Monate in weiten Teilen lahmgelegt. Mehr als acht Milliarden Euro könnten laut Arbeitskreis Steuerschätzung in den kommenden drei Jahren in der Haushaltskasse fehlen, alleine dieses Jahr werden es wohl drei Milliarden sein. Zugleich lassen wir die Menschen in unserer Stadt mit der Wirtschaftskrise nicht alleine: Soloselbstständige wurden mit Milliardenförderprogrammen unterstützt. Eltern, die wegen



(C) ORLANDO EL MONDRY

Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße
Während der Öffnungszeiten telefonisch erreichbar.

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

Sommerpause 17.7.–31.7.

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.
buero.schulze@linksfraktion.berlin
www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE/
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

der geschlossenen Kinderbetreuung Einnahmeverluste hatten, sollen unterstützt werden. Zugleich stockt Berlin Wirtschaftsförderprogramme des Bundes auf und unterstützt seine öffentlichen Unternehmen – etwa Krankenhäuser – bei der Bewältigung corona-bedingter Belastungen. Auch die Kulturszene unserer Stadt, die besonders hart vom Verbot von Großveranstaltungen betroffen war und ist, bekommt Übergangsfinanzierung. Zudem muss die Digitalisierung in Schulen und Hochschulen vorangebracht werden, damit Homeschooling und eLearning-Formate auch von allen jungen Menschen wahrgenommen werden können.

Mit diesen Nachtragshaushalten fiel auch eine politische Grundsatzentscheidung: wir sparen uns nicht in die Krise hinein. Der Investitionsstau muss weiter aufgearbeitet werden. Wir müssen unsere öffentliche Infrastruktur auf Vordermann bringen, wir brauchen weiter neues Personal in Ämtern, Behörden und Bildungseinrichtungen. Für

uns als LINKE kommt es darauf an, die sozialen Verwerfungen dieser Wirtschaftskrise so gering wie möglich zu halten. Von unter acht auf zehn Prozent ist die Arbeitslosenquote in nur zwei Monaten gestiegen, obwohl sie sonst im Frühjahr sinkt. Und das wird nicht das Ende sein, denn ein knappes Viertel der Beschäftigten in Berlin sind in Kurzarbeit gewesen oder immer noch im Bezug. Das dicke Ende der Krise für die Arbeitswelt rollt auf uns zu. In dieser Situation tun wir alles dafür, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben und neue entstehen. Für die Rückzahlung der Notstandskredite haben wir ab 2023 eine Laufzeit von 27 Jahren in der Koalition verabredet. Wir LINKE wollten eine längere Laufzeit, aber das ist tragbar. Unser Gemeinwesen muss jetzt in der Krise handlungsfähig sein, denn nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Tobias Schulze
stellvertretender Fraktionsvorsitzender
der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus.

Fortsetzung von Seite 1: In öffentliche Hand, weil's sicherer ist

besseres Angebot des ÖPNV, sowohl in der Fläche als auch durch eine dichtere Taktung, bleibt unser Ziel. Dafür brauchen wir nicht nur eine starke BVG, sondern am besten auch die S-Bahn in kommunaler Hand, statt einer Aufteilung des Verkehrs auf unterschiedliche gewinnorientierte Verkehrsunternehmen. Um das öffentliche Eigentum zu sichern, wollen wir erneut versuchen, eine Privatisierungsbremse in der

Landesverfassung zu verankern. Die Folgen der Corona-Pandemie sorgen für zusätzliche Herausforderungen. Aktuell gilt es, vielen Solo-Selbständigen, kleinen und mittelständischen Unternehmen, darunter vielen Kultureinrichtungen, durch die Krise zu helfen.

Neben der Wissenschaft gehören sie zum Kapital unserer Stadt und ihr Verlust hätte weitreichende Folgen für Tourismus,

Gastronomie und Handel. Dass sich gerade der Kultursektor in dieser Krise als besonders anfällig erweist, hat auch mit den oftmals prekären Arbeitsverhältnissen in dieser Branche und darüber hinaus auch in vielen Dienstleistungsbereichen zu tun. Das zu ändern, gehört daher ebenso zu unseren langfristigen Zielen nach dem Ende der Pandemie. Für ein soziales und solidarisches Berlin für Alle.

Das ist das Letzte

Die Spaßmacher und Ernstmacher im Fernsehen haben jetzt Urlaub. Die Zuschauer werden mit Konserven versorgt. Die „Diktatur der Virologen“ wurde vom Aktionismus der Politiker abgelöst.

Jeder Kanzlerkandidat oder Landesfürst addiert seine Sonderregeln, Testerfolge und Genesenden im Verlauf der Corona-Pandemie. Schmerzgelde trösten insolvente Opfer. Die Rüstigen werfen übermütig ihren Latz zur Seite. Grauköpfe wiegen bedenklich ihr Haupt. Die Sirenen der Rettungstrupps erinnern, dass der Hexentanz mit dem Covid-19-Virus noch nicht beendet ist. Zugleich wird von Neunmalklugen spekuliert, wer der Hauptschuldige ist. Die Antwort scheint klar: China! „Die gelbe Gefahr!“

So sprach schon Kaiser Wilhelm, als er vor 120 Jahren seine Truppen zur grausamen Niederschlagung des „Boxeraufstandes“ nach China schickte: „Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht. Kein Chinese soll wagen, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!“

Diese Drachensaat des Chauvinismus hat die deutschen Herrscher schon damals beflügelt. So gingen sie mit Japan und anderen Kolonialmächten daran, den Befreiungskampf der Chinesen im Blut zu ersticken und das Land als Halbkolonie weiter auszuplündern. „Mit Gott für Volk und Vaterland!“ Weise war es nicht, auf der neuerbauten Schlossattrappe der Hohenzollern ein Goldenes Kreuz mit alten Sprüchen zu setzen! Oder soll sich so der Außenminister an seinem Fenster nebenan neue Kraft holen?

In diesen Wochen starb der weltberühmte „Verhüllungs-Künstler“ Christo. Er hatte 1995 das Reichstagsgebäude in Silberfolie verpackt. Das wurde zu einem nachdenklichen Gaudi für alle Systemkritiker. Wäre es nicht angebracht, so lange die Nutzung und Bezahlung des neuen Kaiserhauses nicht ganz klar sind, die Christo-Schüler zu bitten, den Hohenzollernpalast in feldgraues Uniformtuch oder gelbe Plastikfolie aus China einzuwickeln?

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 26.06.2020

Ausgabetag für Nr. 09/2020 - 03.09.2020

Bezirk Mitte an der Spitze der Arbeitslosigkeit in Berlin

Im Mai 2020 ist die Zahl der Arbeitslosen in Berlin auf über 200.000 gestiegen. Das waren fast 50.000 mehr als vor einem Jahr und die Arbeitslosenquote erreicht im Land Berlin die 10%-Marke.

Unter den Bezirken hat Mitte mit über 28.000 (2,8 %) die meisten Menschen ohne Arbeit. Dazu kommt noch die gewaltige Zahl von fast 390.000 Menschen in Kurzarbeit. Es ist zu befürchten, dass von den Kurzarbeitenden später noch ein Teil in der Erwerbslosigkeit landen werden. Dieser Anstieg der Arbeitslosigkeit ist eine Folge des wirtschaftlichen „Shutdown“ (Herunterfahren) durch die Corona-Pandemie.

In der aktuellen Corona-Krise sind die Beschäftigten des Dienstleistungsbereiches, speziell in der Gastronomie und im sogenannten Non-Food-Sektor des Handels, besonders betroffen. Die Not des Arbeitsplatzverlustes trifft überwiegend wirtschaftlich Schwache und verschärft die Armut in Berlin bzw. in Mitte zusätzlich. Kündigungen treffen verstärkt Minijobber, Zeitarbeitende und befristete Beschäftigte. Aufstockende und prekär Beschäftigte sind die Ersten, die in der Krise gehen müssen. Auch viele Soloselbstständige stehen ohne Aufträge und Einkommen da. Studierende verlieren ihre Nebentätigkeit und ihnen droht der Abbruch des Studiums. Auszubildende werden nach ihrem Abschluss nicht übernommen. Schulabgänger finden erst gar keinen Ausbildungsplatz, weil es jetzt noch weniger Lehrstellen gibt. Deshalb ist es gut, dass von Bund, Ländern und Kommunen verstärkt Geld bereit gestellt wird, um in der aktuellen Krise zu helfen. Aber es bedarf nicht nur eines Rettungsschirmes für die Unternehmen, sondern auch für die Menschen. Gerade Arbeitnehmer mit geringen Einkommen und Transferbezieher haben keine Reserven, um durch die Krise zu kommen.

Deshalb ist eine Verlängerung der Corona-Schutzregeln wie beispielsweise die

„Stundung von Mieten“ dringend geboten. DIE LINKE ist in Berlin erfolgreich für eine langfristige Schuldentilgung der für den Nachtragshaushalt zusätzlich aufgenommenen Haushaltsmittel des Landes eingetreten. Damit durch falsches Sparen der öffentlichen Hand die Krise nicht zusätzlich verschärft oder verlängert wird. Aber auch die soziale Absicherung durch Bundesgesetze muss besser werden. „Höheres und längeres Arbeitslosengeld, ein höherer Mindestlohn und höhere Hartz-IV-Sätze sind unverzichtbar“, so Rüdiger Lötzer, der wirtschaftspolitische Sprecher der LINKEN in der BVV Mitte. „Auch der Bezirk kann antizyklisch handeln, indem er offene Stellen schneller besetzt, Investitionen beschleunigt und seine Rechnungen bei Gewerbetreibenden zügig bezahlt!“

Thomas Licher

Wir gratulieren im Juli zum Geburtstag!

- Zum 97. Leonhard Kossuth
- Zum 95. Elli Glöckner
- Zum 94. Dora Schmidt, Erika Teltow
- Zum 93. Ingeborg Weber, Jannek Streber
- Zum 92. Heinrich Swoboda
- Zum 90. Edeltraut Neumann, Käthe Streber, Gisela Zachmann, Gertraud Theuring
- Zum 89. Werner Klage
- Zum 88. Ruth Breden
- Zum 87. Nina Freudenberg, Ruth Rümmler
- Zum 85. Marianne Wegricht, Robert Michel, Robert Schmidt
- Zum 84. Ellen Richter, Ingrid Stingl, Gisela Weißbrodt, Dietmar Weidensdorfer
- Zum 83. Margot Marz
- Zum 82. Brigitte Poppe, Klaus Jacob
- Zum 80. Annemarie Hartmann

Wir gratulieren im August zum Geburtstag!

- Zum 93. Günter Paulus
- Zum 92. Ruth Schirm
- Zum 90. Ursula Prager
- Zum 87. Resel Wolfrum
- Zum 86. Max Lamprecht, Wolfgang Renner
- Zum 85. Gisela Jungklaß
- Zum 84. Ursula Gladitz, Susanne Kiewel, Dorothea Seidel
- Zum 82. Fred Knittel
- Zum 81. Henning von Schirrmeyer
- Zum 70. Sylvia Kalex, Gertrud Pannier, Rolf Brückner, Detlef Alber



Karikatur: Klaus Stuttmann